



Foto: dpa

AUF DEM CSU-PARTEITAG IN MÜNCHEN

Angela Merkel: Rot-Grün nichts durchgehen lassen

„CDU und CSU werden die Geschlossenheit, die unseren gemeinsamen Wahlkampf ausgezeichnet hat, fortsetzen.“

Mit großem Beifall empfangen die 1000 Delegierten des 67. Parteitags der CSU Angela Merkel als Gast im Münchner Messezentrum und dokumentieren den Zusammenhalt der beiden Schwesterparteien.

Wenn Deutschland nicht „kaputt“ gehen soll, dürfe man der Schröder-Regierung nichts durchgehen lassen, womit Rot-Grün den Kurs des Lügens und Betrügens fortsetzt. Auch heute falle ihr wie vor der Wahl - so die CDU-Vorsitzende - zu dem amtierenden Bundeskanzler kein anderes Wort ein als „jämmerlich“.

UID

INHALT

CDU HESSEN

Koch wirft Rot-Grün „Betrug am Wähler“ vor. Landesparteitag in Fulda

SEITE 3 - 5

CDU NIEDERSACHSEN

„Wir machen es besser“ – Regierungsprogramm verabschiedet. Landesparteitag in Oldenburg

SEITE 6 - 7

**Materialien für
Aktionen gegen
Rot-Grün. Seite 24**

Angela Merkel gratuliert Wolfgang Schüssel

■ Andreas Strom und Annette Widmann-Mauz zur Krise in den sozialen Sicherungssystemen: Union fordert Klarheit noch vor den Landtagswahlen am 2. Februar (Seite 8–9) ■ Meinungsumfrage: Vertrauen zu Rot-Grün dramatisch eingebrochen (Seite 9) ■ Friedrich Merz: Rot-grünes Finanzpaket beschleunigt den wirtschaftlichen Niedergang (Seite 10) ■ Maria Böhmer: Der „Zukunftshaushalt“ Bildung wird gestutzt (Seite 11) ■ Wolfgang Schäuble zur Irak-Krise: Schröder und Fischer sind umgefallen, und zwar in die richtige Richtung (Seite 12) ■ Karl-Josef Laumann: Hartz auf der Flucht (Seite 12) ■ Katharina Reiche: Rot-grüne Bildungs- und Forschungspolitik ohne Kontur (Seite 14–15) ■ CDU Hessen: Erfolge der Landesregierung in der Justizpolitik deutlich sichtbar (Seite 16) ■ Jürgen Rüttgers und Michael Breuer: NRW und Bund wälzen immer mehr Aufgaben auf Kommunen ab (Seite 17)

Zum Sieg der ÖVP bei den Wahlen zum österreichischen Nationalrat hat Angela Merkel dem ÖVP-Vorsitzenden, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, „sehr herzlich gratuliert“:

„Das Ergebnis“, schreibt sie, „hat Ihren Mut belohnt, die ÖVP entgegen allen Widerständen aus der großen Koalition herauszuführen und als führende Regierungspartei eine konsequente Reformpolitik einzu-

leiten. Entgegen den absurden Mutmaßungen des Österreich-Boykotts ist es Ihr Verdienst, dass mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ der populistischen Politik dieser Partei der Boden entzogen wurde.

Für die vor Ihnen liegenden Aufgaben wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit in der Europäischen Volkspartei!“

FAST JEDER ZWEITE

Deutsche plädiert acht Wochen nach der Bundestagswahl für Neuwahlen. Wie eine Emnid-Umfrage im Auftrag der *Bild-Woche* unter 1012 Wahlberechtigten ergab, sprachen sich 47 Prozent für einen neuen Urnengang aus. 50 Prozent waren dagegen. In den alten Bundesländern sind 47 Prozent für Neuwahlen, in den neuen sogar 48 Prozent.

MIT 31 PROZENT

liegt in Berlin zum ersten Mal seit Monaten die CDU wieder vor der SPD. Die SPD käme nach einer Forsa-Umfrage nur noch auf 28 Prozent. Rot-Rot hätte damit keine Mehrheit mehr in der Bundeshauptstadt. Denn auch die PDS käme nur noch auf 13 Prozent der Stimmen (Ost: 29, West: 2). Die SPD hat damit 8 Prozent verloren, die CDU dagegen 6 gewonnen.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.nurmamann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

LANDESPARTEITAG IN FULDA

Roland Koch wirft Rot-Grün „Betrug am Wähler“ vor

Mit 341 von 341 Stimmen wählte die hessische CDU in geheimer Wahl ihren Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Roland Koch Ende November in Fulda zum Spitzenkandidaten.

Dieselbe Traumnote bekam Kultusministerin Karin Wolff als Nummer zwei auf der Landesliste. Auf die stellvertretenden Parteivorsitzenden, Innenminister Volker Bouffier und Franz Josef Jung, entfielen 340 beziehungsweise 338 Stimmen. Mit genauso beeindruckenden Voten folgten die anderen Mitglieder des Regierungsteams – ein kaum überbietbares Signal des Vertrauens und der Geschlossenheit für die Wahl am 2. Februar 2003.

Rot-Grün hat einen „Koalitionsvertrag der Hoffnungslosigkeit“ geschlossen

Und die soll nach dem Willen des 44-Jährigen auch zu einer Abstimmung über den weiteren Weg Hessens und über den rot-grünen



Foto: dpa

Hessen-CDU kürt Ministerpräsidenten mit 100 Prozent zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl.

Wahlbetrug der Bundesregierung gemacht werden, die einen „Koalitionsvertrag der Hoffnungslosigkeit“ geschlossen habe.

Kochs Fazit: „Die sind völlig verrückt geworden in Berlin, und wir dürfen nicht zulassen, dass das so bleibt“, betonte der Regierungschef, der weite Teile seiner sehr kämpferischen Rede der Abrechnung mit Rot-Grün widmete. Die Wähler in Hessen und Niedersachsen seien mächtig. „Sie können zwar

nicht die Bundesregierung abwählen, aber sie können diese Regierung zwingen, ihre Politik zu ändern. Und wenn wir sie schon nicht loswerden, dann ist Kontrolle doch besser, als dass wir sie Deutschland ruinieren lassen.“

Kochs Ziel seiner Politik „für Freiheit, Leistung und Gerechtigkeit“: „Ich möchte, dass Schröder am 3. Februar um 10.30 Uhr vor die Bundespressekonferenz tritt und sagt: Wir haben in Hessen eins übel auf die Mütze bekommen, wir haben sogar mein Stammland Niedersachsen verloren. Wir haben keine Lust mehr, gegen die Mehrheit der Wähler zu regieren, und deshalb werde ich mit meinem Koalitionspartner den Wirtschaftsteil des Koalitionsvertrages neu schreiben.“

Rot-Grün findet niemanden mehr, der ihr abnimmt, dass der nächste Satz wahr ist

Die rot-grüne Bundesregierung ist nach Überzeugung Kochs nicht nur des-

halb gescheitert, weil sie die falschen Konzepte hat, sondern auch, „weil sie niemanden mehr findet, der ihr glaubt, dass der nächste Satz wahr ist, weil die Wähler so oft belogen worden sind“. Und das insbesondere von Bundesfinanzminister Eichel, dem Koch „Betrug am Wähler“ in einer Weise vorwarf, „wie man das nicht hinnehmen darf“. Deshalb werde es jetzt auch den Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag geben.

Auch die Irak-Politik wird sich nach Meinung Kochs als „ein großes Betrugsmanöver herausstellen“. Schröder habe die Deutschen in einen „plumpen Antiamerikanismus gejagt“, um eine Wahl zu gewinnen. Und zwar wider besseres Wissen. Zudem habe Rot-Grün Deutschland außenpolitisch isoliert und aus wahltaktischen Gründen sogar die Beschaffung von Pocken-Impfstoff verzögert. Und jetzt solle offenbar von Schröders und Fischers Wortdeutern der Spürpanzer Fuchs zu einem „passiven Waffensystem gemacht werden, mit passiven Soldaten“. „Die belügen uns schon wieder, und das dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen“, rief Koch und erntete dafür erneut lang anhaltenden Applaus.



■ Eine Welle des Desasters rollt auf Deutschland zu

Aus Sicht des Hessen ist die Regierung Schröder/Fischer dafür verantwortlich, dass in den nächsten Monaten „eine Welle des Desasters“ auf Deutschland zurollt. Koch prognostizierte: „Wir werden am 31. Dezember einen dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit haben. Und das wird im Januar und Februar weitergehen.“ Hinzu kämen „Staats Haushalte in der Krise mit dramatischsten Folgen“, wenn nicht in absehbarer Zeit zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen zurückgekehrt werde. Gelingen dies nicht, „dann verarmt Deutschland – und zwar sehr viel schneller, als

sich viele vorstellen können“, warnte der hessische Ministerpräsident.

Dagegen habe die CDU/FDP-Koalition Hessen zu einem „Erfolgsland“ gemacht. Mit der erfüllten „Unterrichtsgarantie“ habe man bundesweit Trends gesetzt. Über 100.000 Stunden Unterrichtsausfall von Rot-Grün wurden komplett abgebaut – auf Null. Fast 3.000 neue Lehrer und 1.600 Referendare seien jetzt zusätzlich an Hessens Schulen. Auch im Bereich der Wirtschaft zog der CDU-Politiker eine positive Bilanz: „Im Ländervergleich sind wir die Nr.1 bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beim wirtschaftlichen Wachstum und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.“ Unter der CDU-geführten Landesregierung sei

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Vermögensteuer ist Neid- und Anti-Mittelstandssteuer

Nur wer die Lage nicht ernst nimmt, kann jetzt Steuererhöhungen vorschlagen.

Die Vorschläge zur Vermögenssteuer sind der jämmerliche Versuch, von der Flut von 48 Steuererhöhungen abzulenken und weitere wie die Schenkungs- und Erbschaftssteuer hinzuzufügen. Das ist ein Teil des Wahlbetrugs der Partei von Bundeskanzler Schröder. Steuererhöhungen jeder Art sind gerade jetzt Gift für das Wachstum und ein Anschlag auf die Arbeitsplätze in Deutschland. Die SPD will mit der Diskussion um diese Neid- und Anti-Mittelstandssteuer von der Tatsache ablenken, dass durch eine Vielzahl von Steuer-, Abgaben- und Beitragserhöhungen die Bürger geschöpft werden

sollen. Statt sich mit Maßnahmen zur Stärkung der Wachstumsdynamik und für mehr Arbeitsplätze zu beschäftigen, denken SPD-regierte Bundesländer wie Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen über weitere Pläne nach, die die Konsum- und Investitionsbereitschaft der Bürger und Unternehmer abwürgen.

Im Ergebnis gibt es nicht mehr Geld für die Bildung unserer Kinder. Die Folge sind vielmehr arbeitslose Eltern, deren Arbeitsplätze ins Ausland abgewandert sind. Statt die gerade in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen dringend benötigten Lehrer einzustellen, müssten die Länder zur Erhebung der geforderten Steuer mehrere tausend Finanzbeamte einstellen – absurd.

Hand in Hand arbeiten, erfolgreiche Olympische Spiele das Rhein-Main-Gebiet zum Besuchermagnet gemacht haben, 30 der weltgrößten Unternehmen ihren Sitz haben, Senioren in selbst organisierten Ge-

meinschaften leben und überall freiwillige Polizeihelfer nach dem Rechten sehen. Pathos scheute Koch nicht: „Wir haben im Augenblick große Probleme, aber nicht das Recht, unsere Träume zu vergessen.“ **UD**

Hessen auch wieder sicherer. Während im Bund die Straftaten stiegen, sanken sie in Hessen. „Hessen hat den härtesten Strafvollzug“, so der CDU-Landeschef. Die Anzahl der gewährten Hafturlaube wurde halbiert. Der Missbrauch bei Haft erleichterungen wurde dadurch um 95 Prozent gesenkt.

■
Über 90 Prozent der Punkte, die CDU und FDP 1990 beschlossen haben, sind heute bereits erfüllt

„Im Gegensatz zu Rot-Grün in Berlin haben wir gehalten, was wir den Bürgerinnen und Bürgern beim Amtsantritt versprochen haben.“ Über 90 Prozent der Punkte, die CDU und FDP 1999 in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben haben, seien heute bereits erfüllt, 8 Prozent noch in Arbeit – das könne man Punkt für Punkt im Internet unter www.hessen.de nachlesen. Diese Erfolgsbilanz bezeichnete Koch ausdrücklich als ein „gemeinsames Werk“ der beiden Regierungsparteien CDU und FDP und entwarf die Vision eines christdemokratischen Hessens des Jahres 2015, wo Kindergärten und Schulen

„Wir machen es besser“ – Regierungsprogramm verabschiedet

Mit einer Kampfansage an Bundes- und SPD-Landesregierung ist der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen in Oldenburg zu Ende gegangen.

Spitzenkandidat Christian Wulff schwor die Delegierten auf Gegenkurs zu Rot-Grün ein. Jetzt komme es darauf an, die CDU-Mehrheit im Bundesrat zu stärken. „Wir erleben die außenpolitische Isolierung und die innenpolitische Ruinierung Deutschlands“, rief Wulff den rund 400 Delegierten zu.

Die CDU werde im Wahlkampf auch den Betrug der Landesregierung aufdecken. „700 Lehrer hat Gabriel neu eingestellt; 2004 ist die Finanzierung schon wieder zurückgenommen: das ist Betrug!“. Gabriel sei ein „Anscheinerwecker“ ersten Ranges.

Eschreckendes Ergebnis der Pisa-Studie

Überhaupt die Bildung: ein erschreckendes Ergebnis habe die PISA-Studie den Deutschen beschert: Kinder

haben Schreibschwächen, könnten Texte nicht mehr erfassen und säßen mehr vorm Computer als über den Büchern. „Und was ist die Konsequenz? Auf Kinderbücher wird künftig der volle Mehrwertsteuersatz fällig, bei Katzenfutter bleibt der halbe!“

Eine Hinwendung zu Kindern, zu Bildung und Wertezziehung – das ist Wulffs Antwort. Denn: „Es kann uns nicht kalt lassen, wenn die Menschen sich mehr Gedanken machen, in welche Waschanlage sie sonabends fahren als in welche Schule sie ihre Kinder schicken.“

Donnernder Applaus, jubelnde Delegierte, die Schilder mit der Aufschrift „Besser“ – Wahlkampfmotto der CDU – in die Höhe recken.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich unter den Teilnehmern die Nachricht, daß sich der VW-Personalrat Peter Hartz von seinem Kon-



Foto: dpa

zept distanzierte, weil seine Vorschläge nicht „1:1“ umgesetzt würden. „Diese Kritik von Hartz teile ich 1:1“, so Wulff. „Nur mit der CDU/CSU kann man in Deutschland vernünftige Politik machen.“ Bundeskanzler Schröder attestierte Wulff „Wahlbetrug“. Denn im Wahlkampf hatte die Bundesregierung zugesagt, daß das Hartz-Konzept 1:1 umgesetzt werde.

Am Morgen hatte die Parteivorsitzende Angela Merkel in Oldenburg zu den begeisterten Delegierten gesprochen. „Dieses Bundesland, das Gerhard Schröder

immer wieder die Treue gehalten hat, wird sich am 2. Februar von der SPD abwenden“, prophezeite sie den Delegierten. Daß Schröder beim Nato-Gipfel in Prag sehnsüchtig Bushs Hand griff, sei geradezu peinlich. „Wo sind wir denn hingekommen im deutsch-amerikanischen Verhältnis?!“, rief sie in den Saal.

rief sie unter donnerndem Applaus. Auch Ministerpräsident Sigmar Gabriel bekam sein Fett weg: Er klopfte beim Versagen von Rot-Grün nur rotzfreche Sprüche: „Der muß in die Opposition!“

Geschlossenheit demonstrieren die Delegierten bei der Abstimmung über das Regierungsprogramm: Nach Beratung über insgesamt 341 Änderungsanträge wurde das Programm einstimmig beschlossen. Wulff: „Wir können es besser, wir machen es besser, und darum wird es ab 2. Februar auch besser werden!“

Sigmar Gabriel muss in die Opposition

Die Kürzung der Eigenheimzulage zwingt die Menschen, zunächst möglichst viele Kinder zu bekommen und dann erst ein Haus zu bauen. „Dabei baut doch jeder Vogel erst das Nest und legt dann die Eier“,

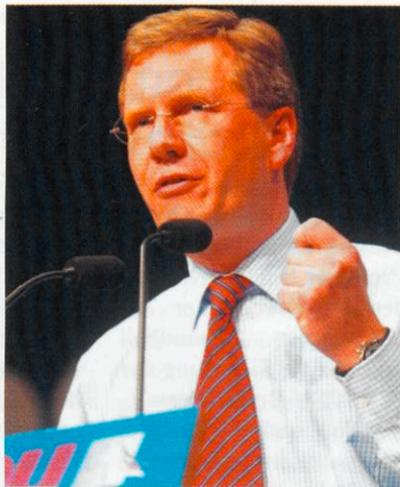


Foto: Frank Ossenbrink

ZEHN WOCHEN VOR

der Landtagswahl in Niedersachsen liegt die CDU in der Wählergunst nach Emnid erstmals klar vorn. 43 Prozent der Niedersachsen würden danach ihre Stimme der CDU geben und nur 34 Prozent der bislang allein regierenden SPD. Die Grünen kämen auf zwölf Prozent, die FDP auf sechs. Gegenüber der letzten Emnid-Umfrage im September hat die niedersächsische SPD acht Prozent verloren. Hinter ihrem Landtagswahlergebnis von 1998 bleibt sie sogar um 14 Prozent zurück. Der CDU und den Grünen bescheinigt Emnid einen Zuwachs von jeweils fünf Prozent.



Foto: epa

ANDREAS STORM UND ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Union fordert Klarheit **noch vor den Landtagswahlen** am 2. Februar

Zur Einsetzung einer Kommission unter Vorsitz von Professor Rürup erklärten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit und Soziale Sicherung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion:

Unser Land braucht zur Bewältigung der Krise in den sozialen Sicherungssystemen mutige Entscheidungen. Deshalb fordert die Union von Rot-Grün, noch vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen Klarheit zu schaffen, wie sie die akuten Probleme in der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung lösen will.

Rürup-Kommission jetzt schon entwertet

Man fragt sich schon heute, was die Ergebnisse einer Rürup-Kommission wert sind, wenn die SPD-Fraktion ebenfalls eine eigenständig arbeitende Kommission einsetzen und Ulla Schmidt gleich noch eine zweite Kommission mit der

eigentlichen Reform der GKV betrauen will. Dies bedeutet doch letztlich nichts anderes als eine Desavouierung der Rürup-Kommission, noch bevor diese überhaupt offiziell ihre Arbeit aufgenommen hat.

Die Kommissions-Vielfalt macht überdies zweierlei deutlich: Zum einen drückt sich Rot-Grün vor Entscheidungen und versucht, die Probleme der sozialen Sicherungssysteme in immer neuen Kommissionen zu ertränken. Zum anderen traut man der Ministerin die Bewältigung der Probleme der Sozialversicherung offenbar nicht zu.

Für die Riester-Rentenreform bedeutet die Einsetzung der neuen Rürup-Kommission nichts anderes als eine Beerdigung 1. Klasse. Denn wenn sich bereits knapp ein Jahr nach dem In-Kraft-Treten der sog. Jahrhundertreform eine Kommission noch einmal grundsätzlich mit den allgemein bekannten Problemen der Alterssicherung beschäftigen soll, beweist das doch nur, dass die Riester-Reform auf Sand gebaut ist.



A. Storm



A. Widmann-Mauz

Bei der anstehenden Rentenbesteuerung hält Rot-Grün mit der Wahrheit hinter dem Berg. Nach dem Rentenurteil des Bundesverfassungsgerichts wurde ebenfalls unter Vorsitz von Prof. Rürup – in diesem Jahr eine Kommission zur Rentenbesteuerung eingesetzt. Diese wollte ihre Ergebnisse ursprünglich im Januar 2003 vorstellen.

Steuerpläne schon seit zwei Jahren in den Schubladen

Allgemein wird dabei mit einem Einstieg in die nachgelagerte Besteuerung der Alterseinkommen gerechnet. Entsprechende Pläne liegen schon seit zwei Jahren in den Schubladen. Nun heißt es, mit den Vorschlägen der Kommission

sei erst im Frühjahr 2003 zu rechnen. Die Bürger wollen vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen wissen, ob sie ihre Renten in Zukunft versteuern müssen.

Anstehende Probleme nicht angegangen

Anlass zur Kritik bietet auch die Zusammensetzung der neuen Rürup-Kommission. Vor allem im Bereich Gesundheit fehlen überparteiliche Experten. Sich nur auf den „Hofexperten Lauterbach“ zu verlassen, zeugt nicht gerade vom Willen, die anstehenden Probleme in einer offenen Diskussion angehen zu wollen. Schließlich ist die Zahl der ausgewiesenen Experten bei der Gesundheit in Relation zum Thema Rente untergewichtet und der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts, bis 2004 Familien beitragsfrei in der Pflegeversicherung zu stellen, spielte offenkundig bei der Expertenauswahl überhaupt keine Rolle.

Nach dem Muster der Hartz-Kommission soll das neue Expertengremium um Rürup bis Herbst kommenden Jahres Vorschläge zur langfristigen Stabilisierung von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erarbeiten. Danach will die Bundes-

Vertrauen zu Rot-Grün dramatisch eingebrochen

Die Menschen sind zutiefst verunsichert und beunruhigt über die derzeitige politische Lage in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt das Meinungsforschungsinstitut „Emnid“ in einer aktuellen Umfrage.

Danach sind 75 Prozent der Bürger der Ansicht, die politischen Verhältnisse in unserem Land geben Anlass zur Beunruhigung. Zu Beginn des Jahres stimmten dieser Frage 57 Prozent der Menschen zu.

Geradezu dramatisch ist bei den Bürgern der Vertrauensverlust der rot-grünen Bundesregierung: Insgesamt glauben nur noch 16 Prozent der Befragten, dass die „Bundesregierung bei der Gestaltung ihrer Politik gegenüber den Bürgern offen und ehrlich“ ist, 82 Prozent verneinen diese Frage.

regierung entscheiden. Mit einer gesetzgeberischen Umsetzung ist also frühestens im Jahr 2004 zu rechnen. Bei unverändert über 4 Mio. Arbeitslosen dreht sich aber ohne politisches Gegensteuern im nächsten Jahr

Ohne das Vertrauen der Bürger werde die Regierung jedoch gar nichts erreichen, konstatierte Altbundespräsident Roman Herzog. „Dass eine Partei oder auch ein Politiker in kurzen Formeln sprechen muss und dass sich der eine oder andere Bürger dadurch belogen vorkommt, ist wohl unvermeidlich. Eine handfeste Lüge oder Irreführung der Bürger ist etwas ganz anderes“, sagte Herzog der *Bild-Zeitung* gegenüber. Das lasse sich durchaus unterscheiden. Was wir derzeit erleben würden, sei eine „handfeste Vertrauenskrise“.

Neues Vertrauen könne nur dann entstehen, wenn die Politik offen sage, was sie den Bürgern insgesamt aufbürden wolle und „wie die Ziele dieser Politik aussehen“, sagte der frühere Bundespräsident.

die Beitragssatzspirale weiter, so dass im Jahr 2004 der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag weiter steigen wird. Das bedeutet eine Kapitulation vor den Problemen der Sozialversicherung.

Rot-grünes Finanzpaket **beschleunigt** den wirtschaftlichen **Niedergang**

Als „Flucht in die Verschuldung und Flucht in die Steuererhöhung“ hat Unions-Fraktionsvize Friedrich Merz das vom Kabinett verabschiedete Finanzpaket kritisiert.

Damit sei „der Nimbus des Bundesfinanzministers als Sparkommissar endgültig dahin“. Deutschland befinde sich am Rande einer Rezession. In einer solchen Situation sei es wirtschaftspolitisch völlig falsch, die Steuern zu erhöhen. „Wir erleben den Niedergang unseres Landes“.



die erneute Verschiebung der Steuerreformstufen verkünden. Die unmittelbare Folge sei ein weiter sinkendes Wirtschaftswachstum.

Zugleich machte Merz deutlich, dass auch eine unionsgeführte Bundesregierung derzeit in einer „vergleichbar schwierigen Lage“ wäre wie Rot-Grün. Denn das Jahr 2002 sei schon so weit vorangeschritten, dass eine grundlegende Korrektur im laufenden Haushalt nicht mehr vorgenommen werden könne.

Ganz anders liege der Fall jedoch für das Jahr 2003: „Wir würden in einer entsprechenden Lage den Zugang zur Lösung der Probleme nicht über die Fiskalpolitik suchen, sondern über die Arbeitsmarktpolitik“, unterstrich Merz. Diesen Politikansatz forderten im

Übrigen auch die meisten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

Vor allem das Ifo-Institut teile seine Einschätzung, dass Deutschland aus der tiefen strukturellen Wachstums- und Beschäftigungskrise nur herauskomme, wenn es gelinge, die „starke Überreglementierung und Verbürokratisierung des Arbeitsmarktes“ aufzulösen.

„Wir müssen den Mut haben, aus der Bewirtschaftung der Arbeitslosigkeit herauszutreten und endlich wieder einen wirklichen Arbeitsmarkt zuzulassen“.

Das Problem: Rot-Grün

Die Bundesregierung trage nicht zur Lösung der Probleme bei. „Die Bundesregierung ist das Problem.“ Als konkrete Alternative zu den rot-grünen Arbeitsmarktgesetzen kündigte Merz einen eigenen Gesetzesentwurf zur Änderung der Arbeitsmarktverfassung an.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende versicherte, spätestens in einem Jahr werde Rot-Grün wieder vor die Öffentlichkeit treten und

ALS OBMANN der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss „Wahlbetrug“ ist der saarländische CDU-Abgeordnete **Peter Altmaier** vorgesehen, der als versierter Verwaltungsfachmann gilt. Stellvertretender Obmann soll der CSU-Abgeordnete **Hans-Peter Friedrich** werden, der diese Funktion bereits im Spenden-Untersuchungsausschuss innehatte.

Der „Zukunftshaushalt“ Bildung wird gestutzt

Zu den Zahlen, die jetzt nach der Entscheidung des Bundeskabinetts zum Bundeshaushalt 2003 vorliegen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In wichtigen Titeln ist der Kabinettsentwurf zum Einzelplan 30, des „Bundesministerium für Bildung und Forschung“, vom Kabinett nach unten korrigiert worden. Bundesministerin Edelgard Bulmahn ist aufgefordert, dieses Zusammenstreichen ihres sogenannten Zukunftshaushalts zu erklären.

GANZ SICHER hat die erfolgreiche Arbeit des österreichischen Bundeskanzlers Schüssel zu dessen Sieg bei den Parlamentswahlen beigetragen. **Peter Hitze**, europapolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Aber auch die desaströse Politik von Rot-Grün in Berlin hat die Wähler in Österreich davon abgehalten, den in Deutschland gescheiterten Versuch bei sich zu Hause zu etablieren.“



Die Kürzungen im Einzelnen:

- Innovative regionale Wachstumskerne in den neuen Bundesländern: -4,5%
- Chancengleichheit für Frauen in Bildung und Forschung: -1,42%
- Computer- und netzgestütztes Lernen: -4,5%
- Austausch von Studenten und Wissenschaftlern: -4,5%
- Der gesamte Bereich der Zukunftstechnologien (Informationstechnik, Biotechnologie, Welt-raumforschung und -technik sowie sonstige Technologiebereiche)

erhält zwischen 3,16 % und 7,08 % weniger.

- In der Titelgruppe Mobilität und Verkehr sind 10,68 % weniger Haushaltsmittel vorgesehen.
- Die Großforschungseinrichtungen wie die Max-Planck-Gesellschaft (MPG = 0,05 %), die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF + 0,33 % – die Neueinrichtung eines weiteren Forschungszentrums ist dabei eingerechnet) und die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG = -2,27 %) werden eine Nullrunde einlegen bzw. sogar Haushaltskürzungen hinnehmen müssen. Auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft muss mit 0,02% weniger Mittel operieren,

Wie soll Deutschland damit einen Spitzenplatz im weltweiten Wettbewerb einnehmen können? Wir brauchen dringend eine solide Forschungsförderung statt einer Abschmelzung der Mittel auf breiter Front. **UD**

DIETRICH AUSTERMANN:

Eichel **hofft** auf den Weihnachtsmann

Zu den bekannt gegebenen Steuereinnahmen des Bundes und des öffentlichen Gesamthaushalts bis einschließlich Oktober 2002 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Steuerzahlen des Monats Oktober belegen erneut, dass die Ergebnisse der Steuerschätzung vom 14. November zu optimistisch waren. Deshalb sind auch der Nachtrag 2002 bzw. der Haushalt 2003 in den nächsten Wochen vor allem auf der Einnahmeseite erheblich zu korrigieren.

Rechnet man das Oktober-Ergebnis auf das Gesamtjahr hoch, ergeben sich Steuereinnahmen des Bundes in Höhe von unter 175 Mrd. Euro. Gegenüber den in den Nachtrag eingestellten Steuereinnahmen in Höhe von 190,7 Mrd. Euro ergibt sich eine rechnerische Lücke von rd. 16 Mrd. Euro.

In den Monaten Juli bis einschließlich Oktober hat sich die rechnerische Lücke um rd. 11 Mrd. Euro geschlossen; unterstellt man mit Blick auf das Weihnachtsgeschäft und die Sonderzahlungen zum Jahresende eine entsprechende

weitere Verbesserung für die letzten beiden Monate, dann werden die Steuereinnahmen des Bundes 2002 immer noch um rd. 5 Mrd. Euro unter den Annahmen des Nachtrags bleiben. Diese pessimistische Perspektive ist umso realistischer, als der Bundesfinanzminister selbst einräumen muss, dass die vergleichsweise günstige Entwicklung der Steuereinnahmen im Monat Oktober zum überwiegenden Teil auf Sondereffekten beruht.

Für den öffentlichen Gesamthaushalt (Bund, Länder und Gemeinden – ohne Gemeindesteuern) sieht es nicht besser aus: Auf Basis

des Oktober-Ergebnisses beträgt die rechnerische Lücke gegenüber der Steuerschätzung Mai 2002 knapp 39 Mrd. Euro, gegenüber der Steuerschätzung November 2002 immer noch knapp 25 Mrd. Euro. In den vier Monaten Juli 2002 bis einschließlich Oktober 2002 hat sich die rechnerische Lücke um lediglich etwa 8 Mrd. Euro geschlossen. Es müsste geradezu ein Wunder geschehen, damit die Planzahlen des öffentlichen Gesamthaushalts auch nur nach der bescheideneren Steuerschätzung November 2002 noch erreicht werden können.

KARL-JOSEF LAUMANN:

Hartz auf der Flucht

Für den sehr wahrscheinlichen Fall, dass die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission keine Entlastung für den Arbeitsmarkt bringen wird, ergreift der Namensgeber, Peter Hartz, vorsichtshalber schon einmal die Flucht. Da macht es sich jemand, der sich monatelang im Licht der Öffentlichkeit gesonnt hat, recht leicht: Da nicht alles eins zu eins und schon gar nicht alles sofort zum 1. Januar 2003 umgesetzt werde, könne nun leider auch nicht damit gerechnet werden, dass das versprochene Mehr an Beschäftigung entstehe. Und schon ist Herr Hartz jegliche Verantwortung für die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge los.

NACH DER NEUESTEN

Politumfrage von *stern* und *RTL* „Welche Partei würden Sie wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre“ könnten CDU und CSU mit einem Zuwachs von 9,5 Prozent und mit 48 Prozent der Wählerstimmen rechnen. Die SPD verliert 8,5 Prozent und stürzt auf 30 Prozent ab. 3,4 Prozent weniger Stimmen als noch vor zwei Monaten würde die FDP erhalten.

67 PROZENT der Deutschen sind nach einer Emnid-Umfrage gegen die Umwandlung der Riester-Rente in eine Zwangsrente, weniger als ein Drittel ist für den Vorschlag von Gesundheitsministerin Schmidt, die private Altersvorsorge zur Pflicht zu machen.

AUF 1,5 PROZENT hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum in Deutsch-

land gesenkt. Für das laufende Jahr würden nur noch 0,4 Prozent erwartet, nachdem die Frühjahrsprognose für dieses Jahr noch 0,7 und für 2003 2,5 Prozent angenommen hatte. Der Export wachse langsamer, und die Beschäftigung nehme weiter ab.

EIN NEUER REKORD

an Insolvenzen droht. Mit rund 41.500 wird die Zahl der Unternehmenspleiten in diesem Jahr um ein Drittel höher liegen als 2001. Wie der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) errechnet hat, bedeuten die Pleiten einen volkswirtschaftlichen Gesamtschaden von knapp 50 Milliarden Euro und einen Verlust von 650.000 Arbeitsplätzen.

FAST 40.000 EURO

reine Konsumkredite ohne gen – auch diese Zahlen hat der BDIU ermittelt – lasten in diesem Jahr durch-

schnittlich auf jedem deutschen Privathaushalt. Zwei Millionen Haushalte sind überschuldet und können ihre Kredite nicht mehr abbezahlen. Im nächsten Jahr ist sogar noch mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen.

DIE KAUFLOST

oder die Anschaffungsneigung der Deutschen ist, wie Rolf Bürkl von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung in Nürnberg sagt, „so niedrig, wie wir es seit 1980 nicht mehr gemessen haben“. Zu der gewandelten Einstellung gehört auch, dass heute 87 Prozent der Deutschen defekte Fernseher lieber zur Reparatur geben als auf den Müllplatz tragen würden.

DIE SPIELSUCHT

in Deutschland wächst. Wie der Fachverband Glücksspielsucht auf seiner Jahrestagung in Schwerin feststellte, gibt es bundesweit 130.000 „pathologische Glücksspieler“ und 30.000 Spieler, denen der Zugang zu deutschen Spielbanken offiziell untersagt ist. Die deutsche Glücksspielbranche setzt jährlich 25 Milliarden Euro um. An deren Gewinn ist der deutsche Staat mit über vier Milliarden Euro beteiligt. **UD**

IHREN 50. GEBURTSTAG

feiern in diesem Monat die Shell Jugendstudien. Zum Jubiläum hat die Jugendforscherin Beate Großegger für Shell erstmals gesellschaftlichen Wandel, Trends bei Jugendlichen und zentrale Ergebnisse der Studien miteinander verbunden. Zu dem Buch, das auf diese Weise entstanden ist, Kurt Döhmel, Vorsitzender der Geschäftsführung Shell in Deutschland: „Ein Kaleidoskop des letzten halben Jahrhunderts, ein Buch zum Lesen und Schauen, zum Staunen und Erinnern.“

KATHERINA REICHE:

Rot-grüne Bildungs- und Forschungs- politik **ohne Kontur**

Rot-Grün setzt die gescheiterte Bildungspolitik fort, die von TIMSS und PISA bis zur neuesten OECD-Studie durchgehend mangelhafte Zeugnisse erhalten hat. Das Leitmotiv heißt: Zentralismus, Bevormundung und Nivellierung nach unten.

Der Koalitionsvertrag enthält nur ein sehr nebulöses Bild der geplanten Bildungs- und Forschungspolitik. Umfangreiche Pläne gibt es allerdings in den Bereichen, wo der Bund gar keine Zuständigkeiten hat.



einrichten. Aber wo bleibt das Geld für den Koch?

Die Union lehnt die Zwangsverschulung in Ganztagschulen ab. Wir setzen auf eine bedarfsgerechte und kindgerechte Ganztagsbetreuung. Wir wollen eine Vielfalt an qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten. Rot-Grün will die Kindererziehung in die Hände des Staates legen, wir wollen Wahlfreiheit für die Familien.

Als weitere Antwort auf das deutsche Abscheiden in der PISA-Studie kündigt die Bundesregierung jetzt nationale Bildungsstandards und deren Überprüfung durch eine unabhängige Evaluationsagentur an. Damit hinkt sie der aktuellen Entwicklung schon heute weit hinterher. Die Kultusministerkonferenz hat bereits im Mai

2002 die Einführung von bundesweit geltenden Bildungsstandards sowie regelmäßige vergleichende Tests beschlossen. Das gilt auch für die angekündigte Expertenkommission und den nationalen Bildungsbericht. Somit sind zentrale Punkte des Koalitionsvertrages bereits wenige Tage nach der Unterschrift schon Makulatur.

Konturlos bleibt der Koalitionsvertrag vor allem in den Bereichen, wo der Bund wirklich gestalten kann, weil er hier echte Zuständigkeiten hat. Kein Wort davon, wie es mit BAföG und Bildungskrediten weitergehen soll. Kein Wort zur Hochschulreform.

Länder und Kommunen bleiben auf den Folgekosten sitzen

Es werden vier Milliarden Euro für Ganztagschulen angekündigt. Damit sollen reine Investitionen finanziert werden, für die auch noch ein pädagogisches Konzept vorgelegt werden soll. Länder und Kommunen bleiben auf den Folgekosten für Personal und Unterhalt sitzen. Man kann mit den 100.000 € pro Schule eine Suppenküche

Versprechungen zu Lasten der Wirtschaft

Die Bundesregierung macht auch keinerlei Aussagen zur Finanzierung der Forschung. Zwar sollen die öffentlichen und privaten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anwachsen. Wie viel die Bun-

desregierung selbst dazu beitragen will, verschweigt sie. Hier werden offenbar Versprechungen zu Lasten der Wirtschaft gemacht, die mehr als zwei Drittel der Ausgaben für Forschung und Entwicklung trägt.

Es fehlt eine schlüssige Biotechnologie-Strategie. Hier ist Deutschland in den letzten vier Jahren deutlich zurückgefallen. Die Aufbruchstimmung in der Biotechnologiebranche ist vorüber. Die Förderung der Genomforschung wird nach dem Wegfall der UMTS-Gelder einbrechen. Rote und grüne Gentechnik werden gegeneinander ausgespielt. Die grüne Gentechnik wird seit 1998 ideologisch und politisch in Grund und Boden gestampft. Die Verlagerung der Zuständigkeiten in das grüne Verbraucherschutzministerium bedeutet das Aus für die grüne Gentechnik in Deutschland!

Es fehlen Aussagen zu den wichtigen ethischen Fragen, die viele Menschen in Deutschland umtreiben und auf die auch die Wissenschaftler gerne eine Antwort hätten. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun im Bereich der Spätabtreibungen, der Fortpflanzungsmedizin? Was ist mit der Umsetzung der EU-Biopatientrichtlinie oder mit

dem therapeutischen Klonen? Zu allen diesen Punkten kein Wort im Koalitionsvertrag!

Wir werden die Regierung an folgenden Punkten messen:

■ Die Ganztagschule ist für uns nur ein Baustein einer vielfältigen und qualitativ hochwertigen Ganztagsbetreuung. Wir werden nicht zulassen, dass die Eltern entmündigt werden.

■ Wir wollen die berufliche Bildung reformieren. Deutschland braucht ein differenziertes Angebot an Berufsbildern und Ausbildungsordnungen für alle Begebungen.

■ Wir werden eine neue Novelle des Hochschulrahmengesetzes anstoßen.

■ Wir wollen, dass die Forschungseinrichtungen in Deutschland verlässlich und so umfassend ausgestattet werden, dass sie Weltklasseforschung betreiben können, ohne im bürokratischen Sumpf zu versinken. Dazu gehört auch die Möglich-

keit, individuelle Leistungsanreize zu schaffen.

■ Für die Forschung brauchen wir wieder größere Freiräume durch Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der zu beachtenden Standards.

■ Wir werden uns intensiv um Existenzgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen kümmern.

■ Ein Schwerpunkt der Forschungspolitik wird die Förderung in die neuen Bundesländer sein.

■ Wir werden erneut eine nationale Biotechnologie-Strategie vorlegen, wir werden Vorschläge zur Biopatentrichtlinie, zum Gentestgesetz und zu einem Fortpflanzungsmedizinergesetz machen.

■ Wir werden uns um Energie- und Fusionsforschung sowie Luft- und Raumfahrt kümmern.

Ich bin gespannt, ob und was ich in den kommenden Jahren bei Rot-Grün wieder finde. Das Copyright überlasse ich gerne. Dann würde es Deutschland besser gehen.

ZUM NEUEN mittelstandspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist vom Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete **Hartmut Schauerte** gewählt worden. Erster stellvertretender Vorsitzender: **Ernst Hinsken** (CSU).

Erfolge der Landesregierung in der Justizpolitik **deutlich sichtbar**

Justizminister Christean Wagner hat am 20. November im Hessischen Landtag Vorwürfe der Opposition, die Landesregierung habe in der Justizpolitik versagt, als absurd zurück gewiesen: „Hier werden die Tatsachen offenkundig auf den Kopf gestellt.“

„Die Erfolge der Justizpolitik sind mittlerweile für jedermann sichtbar“, so der Minister weiter. In Hessen werde jetzt wieder hart gegen Kriminalität durchgegriffen. Neben dem sofortigen Stopp des Stellenabbaus bei Richtern und Staatsanwälten habe die Landesregierung eine staatsanwaltschaftliche Eingreifreserve zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität geschaffen und Erlasse der Vorgängerregierung, die die Justiz behindert hätten, aufgehoben. Um die Justiz für die Zukunft fit zu machen, habe die Landesregierung eine Modernisierungsoffensive mit einem Gesamtaufwand von etwa 90 Millionen Euro gestartet. Im Justizvollzug habe Sicherheit oberste Priorität. Bei Resozialisierung werde auf eine enge Führung statt auf das Prinzip Hoff-

nung gesetzt. Im Zweifel habe die Sicherheit der Bevölkerung Vorrang. Der Minister ging unter anderem auf folgende Punkte ein:

Sicherheit und Resozialisierung

„An kaum einer anderen Stelle in Hessen hat die Regierung so deutlich sichtbar konsequent und wirkungsvoll das Ruder herumgerissen wie im Bereich des Strafvollzuges. Beliebigkeit und Konzeptlosigkeit sind durch eine konsequente Vollzugspolitik ersetzt worden“, erklärte der Minister zur Erfolgsbilanz in diesem Bereich. Die Fälle des Missbrauchs von Hafterleichterungen und der Entweichungen von Gefangenen seien jeweils auf ein Rekordtief zurückgeführt worden.

Schaffung neuen Hafttraums

Die von der Vorgängerregierung übernommene unerträgliche Überbelegung im geschlossenen Vollzug sei durch die Schaffung von 441 neuen Haftplätzen in

dieser Legislaturperiode von 25,0 % auf aktuell 14,2 % gesenkt worden, im Frauenvollzug sogar von zeitweise 37 % auf nur noch 9 %. Das Ziel des vollständigen Abbaus der Überbelegung werde durch den zügig vorangehenden Neubau einer teilprivatisierten Justizvollzugsanstalt in Hünfeld mit 502 Plätzen (Fertigstellung 2005) umgesetzt.

Elektronische Fußfessel

Nach dem Abschluss des Modellversuchs im Land- und Amtsgerichtsbezirk Frankfurt im Mai 2002 werde das erfolgreiche Projekt jetzt schrittweise bis Ende 2004 auf ganz Hessen ausgeweitet. „Die elektronische Fußfessel überwacht den Beschuldigten wesentlich enger als jede andere Auflage außerhalb der Untersuchungshaft. Sie schafft somit auch mehr Sicherheit für die Bevölkerung“, so der Minister im Landtag.

[http://](http://www.hessen.de/justiz/Service)

Weitere Informationen :
www.hessen.de/justiz/Service

NRW und Bund wälzen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen ab

Ein Notprogramm für die Kommunen in NRW haben jetzt die CDU-Landtagsabgeordneten Jürgen Rüttgers und Michael Breuer vorgeschlagen – auch im Interesse ihrer Wahlkreise. Denn auch hier wird die Haushaltslage immer dramatischer.

Rüttgers und Breuer geben die Verantwortung dafür der Politik von Rot-Grün in Berlin und Düsseldorf: „Bund und Land wälzen immer neue Aufgaben auf die Kommunen ab, ohne für den finanziellen Ausgleich zu sorgen.“ Dagegen wollen sich die CDU-Landtagsabgeordneten aus dem Erftkreis gemeinsam mit Landräten, Bürgermeistern und Ratsmitgliedern wehren.

Als aktuelles Beispiel nennen Rüttgers und Breuer die Ganztagsbetreuung von Schülern. Sie halten es zwar für richtig, Ganztagsangebote einzurichten, es sei jedoch falsch, die Kosten dafür allein den Städten und Gemeinden aufzubürden. Ihnen fehlt im nächsten Jahr mehr als eine Milliarde Euro. Die allgemeinen Zuweisungen des Landes werden real um über zehn Prozent gekürzt

Rüttgers und Breuer fordern, die Zuweisungen des Landes zu erhöhen. „Außerdem müssen alle neuen Aufgaben, die Land und Bund an die Kommunen übertragen, so lange ausgesetzt werden, bis ein finanzieller Ausgleich da ist“, sagen die CDU-Politiker. Die Gewerbesteuerumlage wollen sie

von 28 auf 20 Prozent senken: „Mit diesen Sofortmaßnahmen können wir eine schnelle Entlastung der Gemeindekassen erreichen.“

Rüttgers und Breuer kündigen an, dass die CDU-Landtagsfraktion ihr Notprogramm zum Gegenstand der Haushaltsberatungen machen will.

Alois Glück erhält „Werner-Scherer-Preis“ 2002

Die CDU-Landtagsfraktion im Saarland hat am 19. November die politische Arbeit des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, Alois Glück, mit dem „Werner-Scherer-Preis“ gewürdigt.

Fraktionsvorsitzender Peter Hans hob Glück als einen der Vordenker der Union hervor und beschrieb die Auszeichnung gleichzeitig als Ausdruck des Bemühens, das Selbstbewusstsein der Länderparlamente zu stärken.

Ministerpräsident Peter Müller hielt die Laudatio und ordnete den bayeri-



schen Politiker in die Tradition Werner Scherers ein, des ehemaligen Landesvorsitzenden der CDU Saar, der sich in seinem politischen Wirken dem christlichen Menschenbild verpflichtet sah.

CDU Mecklenburg-Vorpommern stellt die **jüngste** Landrätin Deutschlands

Am 2. Dezember wird die jüngste Landrätin Deutschlands im Landkreis Mecklenburg-Strelitz vereidigt. **Kathrin Knuth**, 30 Jahre alt und CDU-Landratskandidatin, setzte sich am 3. November in einer Stichwahl mit 55,6 % gegen den SPD-Gegenkandidaten durch. Damit konnte die CDU sechs Wochen nach den Bundes- und Landtagswahlen das Amt des Landrates in Mecklenburg-Strelitz erfolgreich verteidigen und die Stellung als kommunalpolitisch stärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern bestätigen. Den neuen Aufgaben als Landrätin sieht Kathrin Knuth positiv entgegen und möchte die gute Arbeit ihres Vorgängers **Elmar Schaub** (CDU) fortsetzen. Die Werbung für Investitionen in ihrem Landkreis ist für die gelernte Sparkassenwirtin eine der großen Herausforderungen. Dabei sollen nicht nur die guten Verkehrsanbindungen durch Autobahn und Flugplatz hilfreich sein, sondern auch die touristische Infrastruktur. Daneben möchte die junge CDU-Politikerin eine effiziente und bürgernahe Verwaltung schaffen.



Kathrin Knuth: Mein Ziel in den nächsten zehn Jahren: optimale Bedingungen in meinem Landkreis zwischen Bundeshauptstadt und Ostseeküste.



Geschäftsstelle der Hamburger CDU am Leinpfad **in neuem Glanz**

Mit neuem Eingangsbereich und teilweise komplett renovierten Büroräumen präsentiert sich die Landesgeschäftsstelle der Hamburger CDU seit kurzem ihren Besuchern. Nach mehrmonatigen Arbeiten können Mitglieder, Gäste und Mitarbeiter das **Ludwig-Erhard-Haus** in neuem Glanz erleben. „Wir sind das Dienstleistungszentrum der Hamburger CDU und daher besonders im Blickpunkt unserer Gäste“, betont Landesgeschäftsführer **Christoph Ahlhaus**. „Wir wollen daher vor allem auch, dass auch die Geschäftsstelle das Ambiente und die Professionalität einer modernen Großstadtpartei widerspiegelt.“ In einem ersten Schritt wurden in der Landesgeschäftsstelle, einer Villa aus den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, der Eingangsbereich und ein Teil der Büroräume des Erdgeschosses erneuert. In einem zweiten Schritt sollen im kommenden Jahr auch der große Sitzungssaal und die anderen Büroräume renoviert werden.



Stipendien für Nachwuchs- journalisten

Ausbildung zum Journalisten während des Studiums? Mit einem Stipendium der Journalisten-Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung kein Problem.

Die Bewerbungsfrist für das Ausbildungs-Programm endet am **15. Januar 2003**. Bewerben können sich Studienanfänger aller Fachrichtungen mit Berufsziel Journalismus.

Die Ausbildung der Journalistischen Nachwuchsförderung umfasst ein auf zwei Jahre angelegtes, praxis- und produktorientiertes Programm. Mehrwöchige Akademien, Seminare und Praktika bereiten die Stipendiaten auf den Berufseinstieg im Print-, Hörfunk-, Online- und Fernsehjournalismus vor.

Erwartet werden erste journalistische Erfahrungen, überdurchschnittliche Schul- bzw. Hochschulleistungen sowie gesellschaftliches Engagement. Die finanzielle Förderung erfolgt nach den geltenden Richtlinien der Bundesausbildungsförderung (BAföG), zuzüglich eines monatlichen Büchergeldes von 80 Euro.

Veranstaltungszyklus zum „Jahr der Bibel“

Um die Bibel wieder stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern, haben die Kirchen 2003 zum „Jahr der Bibel“ erklärt.

Aus ihrem Selbstverständnis heraus wird sich die Konrad-Adenauer-Stiftung aktiv daran beteiligen. Das Politikverständnis der Stiftung ist: Politik aus christlicher Verantwortung. Es basiert auf dem christlichen Menschenbild und ist an den Ideen der sozialen Gerechtigkeit orientiert.

Nach der Eröffnungsveranstaltung am 27. November im Bonner „Haus der Geschichte“ mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, ist am 10. Dezember eine Podiumsdiskussion zum Thema „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit – Probleme und Erfahrungen in Afrika“ geplant.

Informationen und Bewerbungsunterlagen unter: www.journalisten-akademie.com; Konrad-Adenauer-Stiftung, Stichwort: Journali-

Am 9. Januar wird der Schriftsteller Arnold Stadler zum Thema „Die Bibel als kreative Quelle der Literatur“ sprechen. Begrüßung: Norbert Lammert, stellvertretender Vorsitzender KAS.

Am 12. Februar hält Professor Hans H. Hofstätter von der Uni Freiburg einen Diavortrag über die



Konrad-Adenauer-Stiftung

„Bibel Marc Chagalls – Symbolismus und ikonografische Tradition“. Begrüßung: Anton Pfeifer, stellvertretender Vorsitzender der KAS.

Die Vortragsreihe wird von einer umfangreichen Bibelausstellung begleitet. Die gezeigten Bibeln in vielen Sprachen stammen aus der Sammlung des stellvertretenden Generalsekretärs der Stiftung, Dr. h. c. Josef Thesing.

stische Nachwuchsförderung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 0 22 41-24 62 98 oder -5 50, email: zentrale@kas.de. **UID**



NACH DER WAHL

Rot-Grün im freien Fall

Höhere Schulden und neue Steuern – keine zwei Monate nach der Bundestagswahl ist die rot-grüne Koalition bereits mit ihrem finanzpolitischen Latein am Ende. Einen solchen Einbruch gleich zu Beginn einer Legislaturperiode hat es selten gegeben. Von Aufbruchstimmung ist nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil: Die meisten Bürger scheinen schon froh zu sein, wenn es nicht noch schlimmer kommt. Genau dies ist nach den jüngsten Ankündigungen von Kanzler Schröder und Finanzminister Eichel aber zu erwarten. Mühsam versuchen beide, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Dabei lässt sich streiten, ob die eine oder andere Maßnahme gerecht oder unsozial ist. Viel wichtiger als eine solche Diskussion bleibt die Frage, welche Auswirkungen die geplanten Änderungen auf Wachstum und Beschäftigung haben. Klassenkämpfe-

rische Ressentiments wie „Die Reichen müssen auch ihren Beitrag leisten“ lenken nur von diesem Kern des Problems ab. Fakt ist: Die arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen könnten düsterer kaum sein. Die Immobilien- und Baubranche droht durch die neue Spekulationssteuer ebenso an den Rand des Ruins getrieben zu werden wie viele Freiberufler und Selbstständige, die ihre Altersvorsorge auf Mietwohnungen und Aktien gründeten und künftig beim Verkauf beträchtliche Summen an den Fiskus abführen sollen – Schröder und Eichel dürfen sich nicht wundern, wenn ihre Popularitätswerte in den freien Fall geraten.

Neue Osnabrücker Zeitung

Laterne beim Wirtschaftswachstum – noch hinter Ländern wie Portugal, Griechenland und Italien, auf die noch vor wenigen Jahren gönnerhaft hinabgelächelt und für die der Stabilitätspakt erfunden wurde. Schnell abhanden gekommenes Selbstwertgefühl schlägt beim Nachbarn in Panik um. Nicht nur seriöse Medien übernehmen sich in apokalyptischen Analysen. Selbst Topmanager wie der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer schlagen ungewohnt hektische Töne an. Er sehe den Wohlstand Deutschlands als „nicht mehr gesichert“ an, meint er, „wennes nicht bald zu einschneidenden Reformen kommt“.

Standard, Wien

Deutschland verwüstet

Deutschland, bis vor kurzem Ikone wirtschaftlicher Solidität und Stärke, ist auf dem besten Weg, den Ruf eines Schmuttelkinds der EU zu bekommen. Vermutlich 3,8 Prozent Budgetdefizit im heurigen Jahr, ein blauer Brief aus Brüssel und die rote

In Hessen kommt die Quittung

Jeden Tag neue Unheilsbotschaften aus der Wirtschaft, und das Loch im Haushalt wird immer größer. Viele Schröder-Wähler fühlen sich in der Tat betrogen. Es ist verrückt, dass sich nun Schlag auf Schlag in ver-

NEU NPOST INTERNKUR WIRTSCH

Gründungsjahr 1020

schiedenen Budgets, bei den Renten und den Krankenkassen, Milliardendefizite aufzutun, und deshalb schwer zu verkaufen, dass man vor dem 22. September nichts davon gewusst habe. So kann die Vermutung aufkommen, dass der wahre Umfang der wirtschaftlichen Krise in Deutschland von Rot-Grün in den Wahlkampf „nicht mitgenommen“ wurde. So kann man vor allem die sichere Vermutung haben, dass SPD und Grüne dafür in Hessen die Quittung präsentiert bekommen werden.

De Morgen, Brüssel

UNTERSUCHUNGS- AUSSCHUSS

Unredlichkeit muss im Nachhinein weh tun

Ein Untersuchungsausschuss soll sich mit der Frage der Redlichkeit einer Regierung im Wahlkampf befassen? Viele winken gleich ab: Geht es da nicht auch wieder um Wahlkampf – diesmal in Niedersachsen und Hessen? Richtig ist: Angela Merkel,

MIT DER WIEDEREINFÜHRUNG der Vermögensteuer setzen die SPD-Länder die steuerpolitische Irrfahrt der rot-grünen Bundesregierung fort – mit deren tatkräftiger Unterstützung und genau so blind für die zu erwartenden Schäden. Die werden den erhofften Nutzen – mehr Geld für die Bildung – weit übersteigen. Denn die Vermögensteuer ist eine Steuer, die ohne Rücksicht auf tatsächliche Erträge in die Substanz greift.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

die neue CDU/CSU-Fraktionschefin zieht ungerührt alle Register. Aber wer will ihr das eigentlich verübeln? Am lautesten stöhnen über den Untersuchungsausschuss jene bei SPD und Grünen, die mehr denn je auf ein friedvolles Weihnachtsfest gehofft hatten. Diese Winterwunderlandstheorie kann man wohl vergessen. Im Januar beginnt der Ausschuss mit seiner für die Regierung unerquicklichen Arbeit. Nach außen hin mögen die Regierungsmitglieder amüsiert tun. In Wahrheit droht ihnen ein ernsthaftes Problem, falls ihnen nachgewiesen wird, dass sie das Parlament und die Öffentlichkeit gezielt getäuscht haben. Am 1. September sagte Hans Eichel bei „Sabine Christian-

sen“ auf die Frage, ob die Neuverschuldung über die Marke von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts klettern werde: „Diese Debatte gibt es gar nicht. Die wird hier hochgezogen.“ Die Debatte gab es dann doch – aber erst drei Wochen später, nach der Bundestagswahl. Die im Ausschuss anstehenden Themen berühren Grundsatzfragen der Demokratie. Will die Welt wirklich betrogen werden, wie es heisst? Oder gibt es für Irreführungen, Bemäntelungen und gezielte Lügen auch Grenzen? Wenn der Ausschuss dazu beiträgt, dass Unredlichkeit im Nachhinein weh tut, dann hat er – abseits aller Parteipolitik – seinen guten Sinn.

Hannoversche Allgemeine



CDU-Geschenkbund

10 mm x 25 m

Bestell-Nummer: **0306**

Preis je **1 Rolle: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €

CDU-Geschenkpapierrolle

75 cm x 10 m

Preis je **1 Rolle: 7,60 €**

inkl. MwSt.: 8,82

blau

Bestell-Nummer: **0302**

rot

Bestell-Nummer: **0303**

Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie

34 x 25 mm

Bestell-Nummer: **0307**

Preis je **1 Rolle: 3,80 €**

inkl. MwSt.: 4,41 €

Rolle à 100 Stück



Sektflaschentasche

Preis je **25 Stück: 14,10 €**

inkl. MwSt.: 16,36 €

blau

Bestell-Nummer: **0304**

rot

Bestell-Nummer: **0305**



Weihnachtsliederbuch

Bestell-Nummer: **2867**
 Preis je **25 Stück: 12,70 €**
 inkl. MwSt.: 13,59 €

Weihnachts-CD

Bestell-Nummer: **9300**
 Preis je **1 Stück: 3,60 €**
 inkl. MwSt.: 4,18 €



Ausstechformen-Set für CDU-Gebäck

Bestell-Nummer: **9109**
 Preis je **10 Sets: 8,70 €**
 inkl. MwSt.: 10,09 €



Kerzenstumpen mit Aufdruck 100% Ökosteuerfrei

Bestell-Nummer: **9700**
 Preis je **24 Stück: 24,50 €**
 inkl. MwSt.: 28,40 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162,33759 Versmold
 Telefax 05241-8041892
 e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Aufkleber „Rot-Grün macht sauer.“

Bestell-Nummer: 9997

Preis je 100 Stück: 10,00 €

inkl. MwSt.: 11,60 €

Postkarten

„Mensch ärgert sich!“

„So bedankt sich Rot-Grün bei den Wählern.“

„Ich verspreche Ihnen, das ist ein Apfel!“

Bestell-Nummern: 9995 / 9996 / 9997

Preis je 100 Stück: 5,25 €

inkl. MwSt.: 6,10 €



Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.